Satzung des „KräuterPädagogen-Verein-Bayern (KPVb)“

§ 1 Name, Sitz, Eintragung, Geschäftsjahr

1. Der Verein trägt den Namen **„KräuterPädagogen-Verein-Bayern (KPVb)“**.
Nach der Eintragung im Vereinsregister des Amtsgerichtes Straubing trägt er den Namenszusatz „e.V.“
2. Der Verein hat seinen Sitz in Mallersdorf-Pfaffenberg.
3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Vereinszweck

Der Verein hat das Ziel, das traditionelle Wissen um die Kulturgüter Kräuter, Wildkräuter, Landschaft und Natur zu erhalten, weiterzuentwickeln und weiterzugeben. Insbesondere fördert er die Erhaltung der Kulturlandschaft, Biodiversität und Nachhaltigkeit.

Der Verein fällt mit seiner Tätigkeit unter den § 52 Abs. 2 Nr. 7 AO (Förderung der Volksbildung).

Weitere Aufgaben können sein:

1. Erarbeitung von Empfehlungen für Fortbildungsmaßnahmen,
2. Entwicklung von Projekten, die dem Vereinszweck dienen,
3. Beratung der Mitglieder,
4. Öffentlichkeitsarbeit,
5. Unterstützung und Förderung bereits bestehender oder neu entstehender Initiativen bzw. Institutionen der Umweltbildung in Bayern,
6. Information und Beratung von Entscheidungsgremien in Politik, Wissenschaft und Verwaltung in Fragen der Umweltbildung,
7. Erbringung von Dienstleistungen für die Mitglieder des Kräuterpädagoggen-Verein-Bayern wie beispielsweise:
 - fachliche und pädagogische Beratung,
 - Hilfen bei der Organisation des gegenseitigen Informationsaustausches und der laufenden Zusammenarbeit,
 - Unterstützung von Bildungsveranstaltungen einzelner Mitglieder des Kräuterpädagoggen-Verein-Bayern,
8. Ein enger Kontakt mit den regionalen und überregionalen Interessensgemeinschaften der Kräuterpädagoggen und anderen vergleichbaren Organisationen kann gepflegt werden.

§ 3 Gemeinnützigkeit

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Ziele im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
2. Der Verein ist politisch und konfessionell neutral.
3. Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt keine eigenwirtschaftlichen Zwecke.
4. Mittel des Vereines dürfen nur für satzungsgemäße Ziele verwendet werden.
Eine Gewinnausschüttung erfolgt nicht. Rücklagen des Vereines dürfen nur zur Erfüllung des satzungsgemäßen Zieles des Vereins gebildet und verwendet werden.
Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt, werden.
5. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereines.
6. Über eine Auslagererstattung in steuerlich unbedenklichem Umfang entscheidet der Vorstand.
7. Wenn es die finanzielle Situation des Vereines zulässt, kann an Personen, die sich ehrenamtlich im Verein besonders engagieren, eine angemessene Aufwandsentschädigung oder Ehrenamtspauschale gezahlt werden.
8. Alle Änderungen oder Ergänzungen der Satzung, die das Ziel des Vereines betreffen, sind vor Inkrafttreten dem zuständigen Finanzamt zur Bestätigung vorzulegen, damit die Gemeinnützigkeit des Vereines im steuerlichen Sinne durch die Änderung oder Ergänzung nicht beeinträchtigt wird.

§ 4 Mitgliedschaft

1. Mitglieder sind:
 - a) ordentliche Mitglieder,
 - b) fördernde Mitglieder.
2. Ordentliche Mitglieder des Vereins sind zertifizierte Kräuterpädagogen aus den ehemaligen Qualifizierungsmaßnahmen der bayerischen Landwirtschaftsverwaltung; zertifizierte Kräuterpädagogen, qualifiziert von staatlich anerkannten Bildungsträgern der Erwachsenenbildung sowie vergleichbare Qualifizierungen anderer Bildungsträger.
3. Als fördernde Mitglieder können alle juristischen und natürlichen Personen aufgenommen werden, die den Vereinszweck unterstützen. Fördernde Mitglieder haben kein Stimmrecht.
4. Die Beitrittserklärung ist dem Vorstand schriftlich vorzulegen.
5. Über den Antrag zur Aufnahme in den Verein entscheidet der Vorstand und kann diesen ohne Angabe von Gründen verweigern.
6. Bei Ablehnung kann der Antragsteller die Aufnahme von der Mitgliederversammlung überprüfen lassen. An die Entscheidung der Mitgliederversammlung ist der Vorstand gebunden.
7. Ein Rechtsanspruch auf Mitgliedschaft besteht nicht.
8. Der Verein führt ein Verzeichnis mit persönlichen Angaben aller Mitglieder.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet:
 - a) durch freiwilligen Austritt des Mitgliedes (Kündigung),
 - b) durch Ausschluss des Mitgliedes,
 - c) durch den Tod des Mitgliedes,
 - d) bei Auflösung des Vereins.
2. Der Austritt (Kündigung) ist jeweils zum Ende des Kalenderjahres möglich. Er muss dem Vorstand gegenüber schriftlich mitgeteilt werden. Die Kündigungsfrist ist ein Monat zum Ende des Kalenderjahres.
3. Bei Beendigung der Mitgliedschaft, egal aus welchem Grunde, erlöschen alle Ansprüche aus dem Mitgliederverhältnis. Eine Rückgewähr von gezahlten Beiträgen, Spenden oder sonstigen Unterstützungsleistungen ist grundsätzlich ausgeschlossen.
4. Ein Ausschluss aus dem Verein ist dann zulässig, wenn ein Mitglied gegen die Satzung und die Interessen der Mitglieder grob verstößt. Über den Ausschluss entscheidet die Mitgliederversammlung.
5. Der Vorstand kann ein Mitglied ohne besonderes Verfahren aus dem Verein ausschließen, wenn es mit dem Jahresbeitrag trotz zweier Mahnschreiben mit Hinweis auf den möglichen Ausschluss mehr als 12 Monate im Rückstand ist. Der Ausschluss entbindet jedoch nicht von der Zahlungsverpflichtung der bereits fälligen Beträge.
6. Bei Inanspruchnahme einer Förderung durch den Verein ist der Austritt im Verpflichtungszeitraum nur möglich, wenn die verbleibenden Mitglieder die Verpflichtungen aus der Förderung übernehmen.

§ 6 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Die Mitglieder haben die gesetzlichen und satzungsgemäßen Rechte und Pflichten. Sie sind insbesondere berechtigt, an allen offenen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen. Darüber hinaus haben sie das Recht, gegenüber dem Vorstand Anträge zu stellen.
2. Es werden Mitgliederbeiträge erhoben. Alle Mitglieder sind zur fristgerechten Zahlung der Mitgliederbeiträge verpflichtet.
Die Höhe der Mitgliederbeiträge, die Fälligkeit und die Zahlungsweise legt die Mitgliederversammlung fest.
3. Die Mitglieder verpflichten sich, den Verein und seine satzungsgemäßen Ziele in angemessener Weise unter Einhaltung gesetzlicher Bestimmungen zu fördern und unterstützen.

§ 7 Organisation des Verbandes

Die Organe des Verbandes sind:

- a) der Vorstand,
- b) die Mitgliederversammlung.

§ 8 Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus
 - dem/der ersten Vorsitzenden
 - dem/der stellvertretenden Vorsitzenden
 - dem/der Schriftführer/in
 - dem/der Kassierer/in
 - maximal vier Beiräten/Beirätinnen.
2. Die Vorstandsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von drei Jahren gewählt. Wählbar sind nur ordentliche Vereinsmitglieder. Die Wiederwahl der Vorstandsmitglieder ist möglich. Gewählt ist, wer mehr als 50 % der abgegebenen Stimmen auf sich vereint. Die Vorstandsmitglieder bleiben bis zur Wahl von Nachfolgern im Amt.
3. Dem Vorstand obliegt die Führung der laufenden Geschäfte des Vereins. Der Vorstand übt seine Tätigkeit ehrenamtlich aus.
4. Aufgaben des Vorstandes:
 - Der Vorstand kann zur Regelung der laufenden Geschäfte eine Geschäftsordnung erstellen.
 - Geschäftsführung, Verwaltung des Vereinsvermögens sowie Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung,
 - Einladung zur Mitgliederversammlung,
 - Erstattung eines jährlichen Rechenschaftsberichtes vor der Mitgliederversammlung.
5. Der/die Vorsitzende und seine/ihre Stellvertreter/in vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich in allen Vereinsangelegenheiten und besitzen Einzelvertretungsbefugnis.
6. Die Vorstandsmitglieder sind an die Beschlüsse der Mitgliederversammlung gebunden.
7. Der/die Vorsitzende führt den Vorsitz des Vorstandes.
8. Die Beschlussfassung bei Vorstandssitzungen erfolgt mit einfacher Mehrheit des Vorstandes. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.
9. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens fünf Mitglieder (davon höchstens 2 Beiräte) anwesend sind.
10. Beschlüsse sind schriftlich niederzulegen und vom Protokollführer und den anwesenden Vorstandsmitgliedern und Vorsitzenden gegenzuzeichnen. Beschlüsse des Vorstandes können bei Eilbedürftigkeit auch schriftlich, fernmündlich oder per Email gefasst werden, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu diesem Verfahren schriftlich, fernmündlich oder per Email erklären. Schriftlich, fernmündlich oder per Email gefasste Vorstandsbeschlüsse sind schriftlich niederzulegen und von allen zu unterzeichnen.
11. Sitzungen des Vorstandes finden bei Bedarf statt oder, wenn mindestens drei Vorstandsmitglieder dies verlangen, mindestens jedoch zweimal jährlich. Die Einladung erfolgt schriftlich oder per Mail mindestens vier Wochen vor der Sitzung durch den Vorsitzenden mit Bekanntgabe der Tagesordnung.
12. Ein Vorstand scheidet aus:
 - mit Neuwahl eines Amtsnachfolgers,
 - mit Amtsniederlegung,
 - durch Austritt, Ausschluss oder Tod.
13. Scheidet ein Vorstandsmitglied während der laufenden Wahlperiode aus, wählt der Vorstand aus den Mitgliedern einen kommissarischen Amtsinhaber bis zum Ende der Wahlperiode.
14. Beiräte können gegenüber der Mitgliederversammlung vorgeschlagen werden und sich selbst vorschlagen. Die Beiräte werden von der Mitgliederversammlung gewählt. Alle vier Beiräte haben im Vorstand volles Stimmrecht.

§ 9 Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung ist einmal im Jahr einzuberufen.
2. Teilnahmeberechtigt sind sämtliche Vereinsmitglieder.
3. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn es das Vereinsinteresse erfordert oder wenn die Einberufung von mindestens zehn Prozent der Vereinsmitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt wird.
4. Die Einberufung der Mitgliederversammlung erfolgt schriftlich oder alternativ per Email durch den Vorsitzenden unter Wahrung einer Einladungsfrist von mindestens zwei Wochen bei gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung. Mitglieder, die keine E-Mail-Adresse haben, werden per Brief eingeladen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tages. Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied des Vereins schriftlich bekannt gegebene Adresse bzw. E-Mail-Adresse gerichtet ist.

5. Beschlussfähig ist jede satzungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung.
6. Die Mitgliederversammlung als das oberste beschlussfassende Vereinsorgan ist grundsätzlich für alle Aufgaben zuständig, sofern bestimmte Aufgaben gemäß dieser Satzung nicht einem anderen Vereinsorgan übertragen wurden.
Die Mitgliederversammlung ist u.a. zuständig für:
 - die Wahl und Abberufung von Vorstandsmitgliedern,
 - Wahl der Kassenprüfer,
 - die Entgegennahme des Jahresberichtes und die Entlastung des Vorstandes,
 - die Festsetzung der Höhe, Fälligkeit und Zahlungsweise der Mitgliederbeiträge,
 - Beratung und Beschlussfassung über gestellte Anträge der Mitglieder,
 - die Beschlussfassung über Satzungsänderungen,
 - Genehmigung einer Geschäftsordnung,
 - die Änderung des Vereinszweckes,
 - die Auflösung des Vereins.
7. Jedes ordentliche Mitglied hat eine Stimme. Fördermitglieder sind teilnahme- aber nicht stimmberechtigt.
8. Die Beschlussfassung erfolgt grundsätzlich durch einfache Mehrheit. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.
9. Satzungsänderungen sowie die Auflösung des Vereins müssen durch $\frac{3}{4}$ der anwesenden ordentlichen Mitglieder in der Mitgliederversammlung bestätigt werden.
Über Satzungsänderungen kann in der Mitgliederversammlung nur abgestimmt werden, wenn auf diesen Tagesordnungspunkt in der Einladung zur Mitgliederversammlung hingewiesen wurde und der Einladung sowohl der bisherige als auch der vorgesehene neue Satzungstext beigefügt worden waren.
Satzungsänderungen, die von Aufsichts-, Gerichts- oder Finanzbehörden aus formalen Gründen verlangt werden, kann der Vorstand von sich aus vornehmen. Diese Satzungsänderungen müssen allen Vereinsmitgliedern alsbald schriftlich mitgeteilt werden.
10. Änderungen des Vereinszweckes erfordern die Zustimmung aller anwesenden Mitglieder.
11. Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind schriftlich niederzulegen, vom Protokollführer und von allen anwesenden Vorstandsmitgliedern zu unterschreiben.

§ 10 Auflösung

1. Die Auflösung oder Aufhebung des Vereins kann nur von der Mitgliederversammlung beschlossen werden. Der Beschluss kann nur nach rechtzeitiger Ankündigung in der Einladung zur Mitgliederversammlung gefasst werden.
2. Für den Beschluss, den Verein aufzulösen, ist eine $\frac{3}{4}$ -Mehrheit der in der Mitgliederversammlung anwesenden Mitglieder erforderlich.
3. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an den Bund Naturschutz in Bayern e.V., der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige Zwecke zu verwenden hat.

Regensburg, 13. November 2021

Fassung vom 18. März 2023